

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 10.10.2023

„Keine Antworten sind auch Antworten: Wird die Drogenkriminalität am Bremer Hauptbahnhof staatlich finanziert?“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zu dem Thema „Keine Antworten sind auch Antworten: Wird die Drogenkriminalität am Bremer Hauptbahnhof staatlich finanziert?“ gestellt:

1. Inwieweit wohnen Personen, die im Zusammenhang mit dem illegalen Handel von Betäubungsmitteln im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs polizeilich in Erscheinung getreten sind und nach Aussage des Senators für Inneres der organisierten Kriminalität angehören, nach Kenntnis des Senats in öffentlichen Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung?
2. Inwieweit befinden sich sowohl Angehörige des in Frage 1 skizzierten Personenkreises, als auch die übrigen Personen, die mit Betäubungsmitteln am Hauptbahnhof handeln, trotz ihres illegalen Gewerbes, gleichwohl nach Kenntnis des Bremer Senats im staatlichen Leistungsbezug?
3. In welchem Umfang wurden in der Stadtgemeinde Bremen in den zurückliegenden 24 Monaten polizeiliche Maßnahmen zur Strafverfolgung im Zusammenhang mit Betäubungsmittelkriminalität in öffentlichen Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung durchgeführt und was folgte unter juristischen Gesichtspunkten jeweils aus diesen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Nach Kenntnis des Senats waren vom 01. Januar 2022 bis zum 31. Juli 2023 insgesamt zehn Personen in einer öffentlichen Einrichtung zur Flüchtlingsunterbringung gemeldet, die in diesem Zeitraum im Zusammenhang mit einem strukturierten, illegalen Handel von Betäubungsmitteln im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs als Beschuldigte polizeilich in Erscheinung getreten sind. Die den Beschuldigten zur Last gelegten Taten werden zum derzeitigen Stand der Ermittlungen allerdings nicht der organisierten Kriminalität im Sinne der polizeilichen Definition zugerechnet, da die erforderlichen Kriterien für eine entsprechende Zuordnung bei keinem der Beschuldigten vorliegen.

Zu Frage 2:

Staatliche Leistungen im Land Bremen werden sowohl aus Landesmitteln finanziert als auch partiell vom Bund erstattet. Dem Senat liegen keine Statistiken darüber vor, wie viele von den im Sinne der Fragestellung umfassten 154 Personen zu dem in der Antwort auf Frage 1 genannten Stichtag staatliche Leistungen bezogen. Eine diesbezüglich manuell durchzuführende Auswertung unter Einbeziehung zahlreicher Behörden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene war innerhalb der Bearbeitungsfrist nicht möglich.

Zu Frage 3:

In dem Zeitraum vom 01. August 2021 bis zum 31. Juli 2023 wurden insgesamt drei polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Betäubungsmittelkriminalität in öffentlichen Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung durchgeführt. Diese resultierten aus zwei Strafverfahren. In einem Verfahren wegen des Besitzes von unter einem Gramm Marihuana wurde gemäß § 31a des Betäubungsmittelgesetzes von der Verfolgung abgesehen. Auch in dem zweiten Verfahren wurde nach dieser Vorschrift von der Verfolgung abgesehen, da die betäubungsmittelverdächtige Substanz von geringer Menge und der Beschuldigte unbekanntes Aufenthaltsort war.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die polizeilich auffällig gewordenen Menschen sind überwiegend männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und der Senatorin für Justiz und Verfassung abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.
Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres und Sport vom 05.10.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zu.